

BESCHLUSS (RESOLUTIONS-) ANTRAG

abgelehnt

der Landtagsabgeordneten Susanne Jerusalem, Hannelore Weber und FreundInnen
(GRÜNE)

eingebracht in der Sitzung des Wiener Landtages am 9.8. zu Post 5 der heutigen
Tagesordnung

**betreffend Maßnahmen zur Erhaltung des Bundeslandes Wien als
„gentechnikfreie Zone“ für die Bereiche Landwirtschaft und Lebensmittel**

Direktion der Stadt
PRÄSIDIALBÜRO
des Bürgermeisters

BEGRÜNDUNG

9. AUG. 1996

Abgesehen von der Frage nach der ethischen Vertretbarkeit des Einsatzes der Gentechnologie im Bereich der Pflanzen- und Tierzucht, gibt es eine Reihe weiterer, vorwiegend ökologischer Gründe, diese abzulehnen.

Der Einsatz der Gentechnik forciert die Fortschreibung der intensiven Landbewirtschaftung und läuft einer ökologisch orientierten Landwirtschaft völlig zuwider. Der Einsatz der Gentechnik droht den rasanten Artenschwund weiter zu beschleunigen. Der Genpool an Wildkräutern und Landsorten, mit dem kultivierte Sorten gegen diverse Bedrohungen geschützt werden könnten, nimmt seit Jahren in einem atemberaubenden Tempo ab. Die Gentechnik droht diese Artenverarmung weiter zu beschleunigen. Zahlreiche Wissenschaftler stehen den gentechnologischen Experimenten mit Pflanzen äußerst kritisch gegenüber. Erst jüngst warnte das deutsche Umweltbundesamt, daß die Langzeitwirkungen der Versuche kaum zu beurteilen seien. Der Einsatz der Gentechnik in der Landwirtschaft ist der direkte Vorläufer einer gentechnischen Produktion oder Veränderung der Nahrungsmittel. Gentechnisch veränderte Nahrungsmittel können z.B. zu einem verstärkten Problem für Nahrungsmittelallergiker werden. 94% der Österreicher und Österreicherinnen fordern laut Umfragen des Fessl-Institutes Wien die Kennzeichnung gentechnisch veränderter Lebensmittel. 82% geben an, keine Gen-Lebensmittel kaufen zu wollen.

Die gefertigten Landtagsabgeordneten stellen daher gemäß § 36 Abs. 4 der Geschäftsordnung für den Landtag der Stadt Wien folgenden

3652/LAT/96
ABGELEHNT!!



BESCHLUSSANTRAG:

Der Wiener Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, mittels eines umfassenden Maßnahmenprogrammes sicherzustellen, daß das Bundesland Wien in den Bereichen Landwirtschaft und Lebensmittelversorgung gentechnikfrei bleibt. Dieses Programm hat jedenfalls folgende Maßnahmen zu umfassen:

1. Verbot von Freisetzungen gentechnisch veränderter Organismen in Wien
2. Konkrete Verhandlungen mit der österreichischen Bundesregierung hinsichtlich eines bundeweiten Verbotes des Inverkehrbringens von gentechnisch veränderten Lebensmitteln
3. Konkrete Verhandlungen mit der österreichischen Bundesregierung hinsichtlich nationaler Kennzeichnungsbestimmungen, die die lückenlose Kennzeichnung von gentechnisch veränderten Lebensmitteln gewährleistet
4. Bereitstellung finanzieller Mittel zur Entwicklung von Kontrollmethoden für den Nachweis der gentechnischen Veränderung von Lebensmitteln

In formeller Hinsicht beantragen wir die sofortige Abstimmung dieses Antrages.

Wien, am 9.8.1996

J. Sedlitz

K. P.

Manuela Weber

Friedrich Thurn

Stefan F. L.

P. von H.

E. G.